
FRAKTIONS BESCHLUSS VOM 10.11.2015

» SCHNELLES INTERNET – ÜBERALL



Der Anschluss ans schnelle Internet ist für viele Menschen in Deutschland immer noch nicht selbstverständlich. Es gibt viele Orte, in denen Menschen mit dem Smartphone noch einen Hügel besteigen müssen, um E-Mails zu empfangen oder zu versenden. Unzählige Haushalte sind weiterhin nur per UMTS-Stick an das Internet angeschlossen oder können lediglich mit Schneckengeschwindigkeit durchs Netz zu kriechen. Wer diese schlechte Infrastruktur nutzen muss, kann von Videostreaming oder dem Teilen von Daten in der Cloud nur träumen. Für die Menschen auf dem Land, liegt ein schneller Breitbandanschluss oft buchstäblich in weiter Ferne. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen unabhängig von ihrem Wohnort an der digitalen Welt teilhaben können.

SCHNELLES INTERNET – FÜR ALLE

Längst geht es dabei in erster Linie nicht (nur) um das Streamen von Katzenvideos. Immer mehr Anwendungen wie Grafikprogramme, komplexe Bürosoftware oder Plattformen von Unternehmen, auf denen Kunden beispielsweise Hotels oder Flüge buchen können, liegen entweder komplett in der Cloud oder nutzen diese. Home-Office erleichtert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, braucht aber einen schnellen Internetzugang. Wenn die Tochter im Ausland studiert, der Partner in einer anderen Stadt lebt oder der Unternehmenssitz weit weg ist, erleichtert der Videochat manches Leben und spart die ein oder andere Dienstreise. Auch die Steuererklärung wird online erstellt, und Termine in Bürgerämtern sind ohne Netzzugang oft gar nicht mehr zu bekommen. Gerade auf dem Land können Versorgungslücken überbrückt werden, beispielsweise wenn Apps Mitfahrgelegenheiten anzeigen, wo kein Bus mehr fährt. Die Digitalisierung wird auch für die gesundheitliche Versorgung wichtiger werden: Um medizinische Diagnosen zu ermöglichen und in strukturschwachen Regionen die Menschen zu beraten und ihre Versorgung zu kontrollieren, wenn die nächste Arztpraxis kilometerweit entfernt ist.

Alle Menschen, denen trotz jahrelanger Versprechen der Bundesregierung nach wie vor nur langsame oder gar keine Internetzugänge zur Verfügung stehen, bekommen die Folgen der mangelhaften Breitband-Abdeckung tagtäglich zu spüren. Sie können nur eingeschränkt am gesellschaftlichen und beruflichen Leben teilnehmen und werden von den Chancen des digitalen Wandels ausgeschlossen. Ein schneller Internetanschluss ist heute genauso elementar wie der Anspruch auf einen Telefonanschluss und der Anspruch, einmal pro Werktag mit Post beliefert zu werden. Unabhängig vom Wohnort gehört ein schneller Internetanschluss für uns deshalb auch weiterhin zur staatlichen Daseinsvorsorge.

DIGITALISIERUNG DER WIRTSCHAFT – AUFBRUCH STATT VERZÖGERUNG

Doch auch für Unternehmen sind die alten Netze ein handfestes Problem. Sie sind mehr und mehr auf schnelle, stabile und zuverlässige Datenverbindungen angewiesen. Die Vernetzung von Steuerungs- und Produktionsanlagen (machine-to-machine), braucht genauso schnelle Leitungen wie Cloud Computing oder Steuerungsanlagen für Stromnetze (smart grid).

Der Internetdatenverkehr ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen, der mobile Datenverkehr hat sich in den vergangenen zehn Jahren sogar jährlich mehr als verdoppelt. Die Erfahrung zeigt, dass stets neue Anwendungsformen entstehen, die mit langsameren Datenraten nicht mehr möglich sind. Unternehmen benötigen Internetanbindungen, die neben hohen Download- auch hohe Uploadraten haben und Daten in Bruchteilen von Sekunden und mit sehr niedrigen Latenzzeiten,

also ohne Verzögerung, übertragen können. Übertragungsraten dieser Geschwindigkeit sind beispielsweise für funkgesteuerte Roboter oder optimierte Verkehrsleitsysteme elementar.

WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG VORANBRINGEN UND ARBEITSPLÄTZE SCHAFFEN

Schnelles Internet ist eine entscheidende Grundlage für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Deutschlands: Schnelle Breitbandanschlüsse schaffen zusätzliche Arbeitsplätze. Würde die durchschnittliche Breitbandgeschwindigkeit verdoppelt, käme es zu einem zusätzlichen Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 0,3 Prozent. Eine Vervierfachung würde das BIP sogar um 0,6 Prozent ansteigen lassen¹. Zahlreiche Studien zeigen jedoch, dass Deutschland beim Breitbandausbau im internationalen Vergleich mittlerweile weit abgeschlagen ist. Die Durchschnittsgeschwindigkeit im Festnetzinternet in Deutschland beträgt heute nur 8,7 Mbit/s. Damit liegt Deutschland auf Platz 20, also nicht nur weit hinter den führenden asiatischen Ländern, sondern auch hinter vielen europäischen Nachbarn².

KUPFER IST DER HOLZWEG – GLASFASER BIETET DIE CHANCE FÜR MEHR WETTBEWERB

Die Bundesregierung hat beim Breitbandausbau zwar Ziele formuliert, aber keine belastbaren Vorschläge, wie diese zu erreichen sind. Nun will sie bis 2018 flächendeckend Breitbandverbindungen von mindestens 50 Mbit/s verfügbar machen und setzt dabei in erster Linie auf Kupferleitungen und Übergangstechnologien wie Vectoring. Schon das Ziel ist viel zu kurz gegriffen. Die Anbindung aller Haushalte mit 50 Mbit/s in wenigen Jahren kann nur ein Zwischenschritt sein.

Angesichts schon bald benötigter Übertragungsgeschwindigkeiten ist das bestehende, veraltete Kupfernetz mittel- bis langfristig nicht ergiebig genug. Vectoring, also die Ertüchtigung von alten Kupferkabeln, ist nur ein teurer Zwischenschritt, der keine zukunftsfähige Infrastruktur schafft. Geld würde somit in Investitionen gesteckt, die langfristig sinnlos sind.

Zudem begünstigt Vectoring, dass ohnehin schon marktmächtige Akteure Monopole bilden. Denn diese Technik kann grundsätzlich immer nur von einem Anbieter in den grauen Verteilerkästen installiert und angeboten werden. In der Folge behindert Vectoring den Wettbewerb im Nahbereich. Das ist schlecht für die Verbraucherinnen und Verbraucher, auch wenn Vectoring in einzelnen Gebieten die Übertragungsgeschwindigkeiten für DSL-Anschlüsse kurzfristig verbessern kann.

Den Glasfaserausbau zu vertagen, halten wir für die falsche Strategie, da sie Deutschland zurückwirft. Wegen der deutlich besseren Übertragungsraten auch über lange Strecken sind Glasfasern die Technologie der Zukunft. Anders als alte Kupferkabel oder die Funktechnologie werden sie jahrzehntelang nutzbar sein. Gezielt in eine solche Infrastruktur zu investieren ist deswegen auch eine nachhaltige Investition in die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes.

WAS WIR ÄNDERN WOLLEN

Die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen will alle Haushalte und Unternehmen an das schnelle Internet anbinden und die digitale Kluft zwischen Stadt und Land schließen. Wir wollen uns dafür

¹ Rohman, Ibrahim Kholilul and Bohlin, Erik, Does Broadband Speed Really Matter for Driving Econom-ic Growth? Investigating OECD Countries (April 4, 2012). Available at SSRN: <http://ssrn.com/abstract=2034284> or <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.2034284>

² Quelle: Akamai: State of the Internet Q3 2014

einsetzen, dass Menschen und Unternehmen in allen Teilen des Landes die Vorteile des Internets nutzen und teilhaben können.

Wir wollen, dass die Anbindung an schnelles Internet in jedem Stadtviertel, in jeder Gemeinde und in jedem Dorf Standard ist. Kein Unternehmen und keine Familie soll mehr gezwungen sein, sich aufgrund der schlechten Breitbandversorgung gegen einen Standort oder einen Wohnort zu entscheiden. Wir wollen, dass der ländliche Raum beim Breitbandausbau für Unternehmen und Einwohner wieder an Attraktivität gewinnt.

Wir wollen die ökologische Modernisierung durch schnelle Internetanschlüsse beschleunigen: Großes Potenzial schlummert in smarten Anwendungen, mit deren Hilfe sich Energie sparen oder effizienter einsetzen lässt. Energieeffiziente Rechenzentren und intelligente Verkehrskonzepte brauchen schnelle Breitbandverbindungen. Ressourcen und Produkte können durch die Sharing-Economy effektiver genutzt werden.

Wir brauchen andere Ansätze, um den Breitbandausbau entschlossen voranzutreiben. Deshalb legen wir den Fokus auf den Ausbau von Glasfaser- und Kabelnetzen. Diese Technologien garantieren schnelle Übertragungswerte und sind praktisch strahlungsfrei. Wir brauchen ein klares Bekenntnis zu den langfristigen Zielen des Breitbandausbaus und eine langfristige Strategie, die den Weg einer weiten Glasfaserinfrastruktur beschreibt.

GLASFASERAUSBAU BESCHLEUNIGEN

Unser Ziel ist, dass bis 2021 75 Prozent der Haushalte und Unternehmen mit Glasfaseranschlüssen (Ftth/Fttb) ausgestattet sind. Die restlichen 25 Prozent der Haushalte sollen mit Geschwindigkeiten von mindestens 50 Mbit/s ins Netz gehen können.

Dazu sind zweifellos große Investitionen notwendig, die sich für die ausbauenden Telekommunikationsunternehmen nur langfristig rechnen. Schon die kurzfristigen Ziele der Digitalen Agenda des Bundes entsprechen einem geschätzten Investitionsbedarfs von bundesweit 20 Milliarden Euro, der im aktuellen Bundeshaushalt bei weitem nicht abgedeckt ist. Der Ausbau mit Hochgeschwindigkeitsnetzen ist kurzfristig noch kostenintensiver. Es ist offensichtlich, dass es zusätzliche staatliche Impulse braucht, um den Glasfaserausbau weiter in die Fläche zu bringen. Wir wollen deshalb, so viele private, eigenwirtschaftliche und wettbewerbsoffene Investitionen wie möglich in einen zukunftsfähigen Breitbandausbau auslösen.

TELEKOMANTEILE VERKAUFEN

Aus diesen Gründen soll der Bund das Vermögen der restlichen in Bundesbesitz befindlichen Telekom-Aktien für den Ausbau des schnellen Internets nutzen. Der Bund hält aktuell 14,5 Prozent an der Deutschen Telekom AG. Nach bisherigen Veräußerungen hat der dieser Anteil einen derzeitigen Marktwert von rund zehn Milliarden Euro. Außer einer Dividendenrendite von 3,5 Prozent, gibt es keine sinnvolle Begründung einer Bundesbeteiligung an der Telekom. Dies lässt sich auch aus den Vorgaben der Bundeshaushaltsordnung ableiten, die ausdrücklich monetäre Aspekte wie etwa die Rendite aus Dividenden ausklammert.

Es ist auch aus ordnungspolitischer Sicht sinnvoll, wenn sich der Bund von seiner unmittelbaren Beteiligung an der Telekom trennt. In der Doppelrolle des Bundes, Eigentümer auf der einen Seite und Auftraggeber und Regulierer auf der anderen Seite zu sein, kollidieren zwangsläufig Interessen. Das wurde bei der Genehmigung um die Vectoring-Technik sichtbar. So wird der marktwirtschaftliche Wettbewerb mit anderen, nicht im Bundeseigentum stehenden Unternehmen eingeschränkt.

Der Verkauf soll in Form eines Vermögenstausches abgewickelt werden. Durch diese Umstrukturierung verwendet der Bund sein Vermögen so lediglich sinnvoller. Der Bund kann seine Anteile an der Telekom marktneutral an die KfW veräußern, sich komplett aus der Beteiligung zurückziehen und das

erlöste Kapital investieren. Die KfW würde mittels Zuweisungsgeschäft verpflichtet, die Anteile zu erwerben und in ihrem Bestand zu übernehmen. Die Anteile gelangen somit nicht in den freien Verkehr, es sind also keine Kursveränderungen zu befürchten.

DEN AUSBAU ÜBER EINE BUNDESBREITBANDGESELLSCHAFT ANKURBELN

Den Erlös aus dem Aktienverkauf in Höhe von voraussichtlich zehn Milliarden Euro wollen wir direkt in den zukunftsweisenden Ausbau von passiver Infrastruktur für flächendeckendes Breitband investieren. Durch die Investition in passive Infrastruktur wird der Wettbewerb erhalten oder sogar verbessert, weil diese Infrastruktur von mehreren Anbietern genutzt werden kann.

Der Vermögenstausch hat den politischen Charme, ein zweistelliges Milliardenvolumen für Zukunftsinvestitionen zu aktivieren. Der Bund müsste hierzu eine Bundesbreitbandgesellschaft gründen und diese mit den erlösten Milliarden als Kapital ausstatten. Diese Gesellschaft soll zusammen mit Kommunen die Grundlage für den Ausbau einer zukunftsfähigen Breitbandinfrastruktur schaffen und ausbauen (z.B. die entsprechenden Tiefbauarbeiten leisten, Leerrohre und im Zweifel auch Leitungen legen). Eigentümer dieser neuen Infrastruktur wäre dann die jeweilige Kommune und die Bundesgesellschaft. Die neue Infrastruktur kann dann an Telekommunikationsunternehmen verpachtet werden, die eigene Leitungen in die vorhandene Leerrohrinfrastruktur einziehen oder diese gegen Entgelt nutzen. Dabei sollen bestehende Glasfaserinfrastrukturen nicht überbaut werden. Die Einnahmen aus diesem sogenannten "Betreibermodell" refinanzieren die Investitionen. Kommunale Unternehmen können so sogar selbst zum Internetanbieter werden, z.B. über regionale Stadtwerke. So wollen wir den Glasfaserausbau beschleunigen, Einnahmen reinvestieren anstatt auszugeben und dabei Wettbewerb im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher ausbauen.

BÜROKRATIE ABBAUEN – KOORDINIERUNG MIT LÄNDERN UND KOMMUNEN VERBESSERN

Unternehmen und Kommunen, die in den Infrastrukturausbau investieren, wollen wir es leichter machen, mögliche Synergien im Tiefbau zu nutzen. Um die Vorhaben in Bund, Ländern und Kommunen aufeinander abzustimmen, bedarf es einer kontinuierlichen Koordinierungsstelle, in der Planungen, konkrete Ausbauvorhaben und bestehende Förderprogramme miteinander abgestimmt werden können. Dazu ist eine objektive Datengrundlage notwendig, die über den Breitbandatlas hinausgeht.

Wir wollen zudem einen Baustellenatlas, um größere geplante Tiefbauarbeiten zu registrieren. Unternehmen und kommunale Anbieter haben dann zum Beispiel die Möglichkeit, Leerrohre günstiger mit zu verlegen, wenn der Anschluss eines Gebietes in Zukunft geplant ist.

OFFENE WLAN-ZUGÄNGE FÜR ALLE

Freies WLAN auf dem Marktplatz, in der Schule, in Bäckereien, der Bibliothek oder in Flüchtlingseinrichtungen gewinnt an Bedeutung – gerade weil der Breitbandausbau stockt. In vielen Ländern dieser Welt sind offene und kostenfreie WLAN-Zugänge selbstverständlich. In Deutschland aber sind die Regelungen zur Mitnutzung von WLAN und die Haftung der WLAN-Betreiber bis heute rechtlich nicht eindeutig geklärt. Beispielsweise scheuen Cafés oft davor zurück, freies WLAN anzubieten, weil sie rechtliche Klagen befürchten, wenn ihre Kunden urheberrechtlich illegale Dateien herunterladen. Diese Befürchtungen haben auch Privatpersonen, die verständlicherweise ihre WLAN-Netze deshalb schließen. Das steht der Verbreitung von offenem WLAN, vor allem durch nicht-kommerzielle bzw. nicht-gewerbliche private Anbieter und Freifunk-Initiativen, massiv im Weg. Mit der sogenannten "WLAN-Störerhaftung" werden die Anbieter eines offenen Netzes für Verstöße haftbar gemacht, die über diesen Anschluss durch Dritte passieren. Etwa bei Verstößen gegen das Urheberrecht bei illegalen Downloads. Wir fordern, dass die im § 8 des Telemediengesetzes (TMG) angelegte

Providerprivilegierung nicht nur auf kommerzielle, sondern auch private Anbieter wie Freifunknetze ausgedehnt wird. Dies entspricht der eigentlichen Intention des Gesetzgebers.

Wir fordern, Fragen der Haftung gesetzlich klarzustellen und WLAN in öffentlichen Gebäuden und Zügen der Deutschen Bahn verfügbar zu machen. Internetzugang via WLAN anzubieten, ist heute durchaus auch ein wichtiger Wirtschafts- und Wettbewerbsfaktor. Wirtschaftsbetriebe und öffentliche Verkehrsmittel wie Fern- und Regionalzüge, S-Bahnen und Fernbusse gewinnen für die Menschen an Attraktivität, wenn sie mit WLAN ausgestattet werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, bei allen Angeboten der Deutschen Bahn darauf hinzuwirken, diese kurzfristig mit kostenlosem WLAN und Steckdosen ausgestattet werden. Die großspurigen Ankündigungen des Bundesministers dürfen keine warmen Worte bleiben!

Der freie Zugang zum Internet hilft schon heute, wirtschaftliche, soziale oder kulturelle Hürden zu überwinden und Brücken zu schlagen. Für die zu uns kommenden Geflüchteten ist es oft die einzige Möglichkeit, regelmäßig Kontakt zu Familie und Freunden aufrecht zu halten, sich vor Ort zu informieren, zu vernetzen und so eine neue Lebensbasis aufzubauen. Darum fordern wir, freie und offene WLAN-Zugänge in Einrichtungen der Erstaufnahme, gemeinschaftlichen Gruppenunterkünften und bei den Einrichtungen der Flüchtlingshilfe einzurichten.

MÖGLICHKEITEN DES WLAN AUSLOTEN

In Krisensituationen wie Naturkatastrophen funktioniert die normale Telekommunikationsinfrastruktur nicht mehr. WLAN könnte die Kommunikation wieder ermöglichen und die Helferinnen und Helfern vor Ort unterstützen. Weiterhin ermöglicht das sogenannte "TV-Whitespace" öffentlichen Einrichtungen wie Museen, Bibliotheken oder Rathäusern, kostengünstig ein reichweitenstarkes Netzwerk aufzubauen.

Bisher senden WLAN-Router über Frequenzen, mit denen keine großen Strecken oder Hindernisse überwunden werden können. Wenn für WLAN andere Frequenzen genutzt würden, könnten Distanzen von bis zu 15 Kilometer überwunden werden – auch mit Hindernissen. Im TV-Whitespace werden Frequenzen genutzt, die bisher dem Rundfunk zugewiesen sind, aber nicht von diesem belegt werden. In Deutschland gibt es solche Frequenzbereiche, auch nach der Umstellung auf DVB-T2. Im Ausland gibt es dazu schon einige erfolgreiche Pilotprojekte. So funktioniert das "Smart City"-Projekt Milton Keynes in England vielfach über TV-Whitespace: Fahrzeuge sollen zum nächsten freien Parkplatz geleitet werden, die öffentlichen Abfalleimer melden der Stadtreinigung, wann sie voll sind. Viele dieser Sensoren kommunizieren über WLAN, das wiederum TV-Whitespace nutzt.

Als ersten Schritt wollen wir als grüne Bundestagsfraktion Pilotprojekte auf den Weg bringen, um zu prüfen, ob und wie man TV-Whitespace-Netze in Deutschland umsetzen kann. Bei erfolgreicher Pilotphase kann das Gebiet stückweise ausgeweitet werden.

NETZNEUTRALITÄT SICHERSTELLEN

Breitbandausbau und ein offenes Netz gehen Hand in Hand. Ein zügiger Glasfaserausbau ist eine wichtige Grundlage für die Netzneutralität, weil ein leistungsfähiges Netz Verbindungen mit geringer Latenz ermöglicht und so die immer wieder angeführten Engpässe im Netz umgeht. Offenes und freies Internet, in dem sich alle gleich schnell bewegen können – das ist für eine gerechte Teilhabe in der digitalen Gesellschaft essentiell. Nur wenn alle Datenpakete, die im Internet übertragen werden, grundsätzlich gleichbehandelt werden, sind gleiche Rechte für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen gewährt. Für dieses Prinzip werden wir weiter streiten.

Die Entscheidung des EU-Parlamentes ist ein Dammbbruch: Auf Kosten von Meinungsfreiheit, Verbraucherschutz und Innovation können Marktriesen Raum im Netz kaufen. Damit entsteht ein Zwei-Klassen-Internet, es stärkt Monopole und schadet jungen Unternehmen. Die Bundesregierung hat über den Umweg Europa das Grundprinzip des offenen und neutralen Netzes zugunsten

marktmächtiger Konzerne verramscht. Sie werden durch extra zu bezahlende Spezialdienste weiter gestärkt, die Barrieren für den Markteintritt von Startups werden höher.

Das Internet als freier und offener Raum hat seinen gesellschaftlichen und ökonomischen Erfolg überhaupt erst möglich gemacht. Die Netzneutralität bleibt Voraussetzung für die demokratische und wirtschaftliche Innovationskraft. Das geht Hand in Hand mit einem zügigen Breitbandausbau, da ein Hochgeschwindigkeitsnetz die problemfreie neutrale Übertragung von Daten sichert.

Gemeinsam mit einer großen Zahl von Bürgerinnen und Bürgern, Verbänden und Vereinen streiten wir weiter dafür, dauerhaft ein neutrales und offenes Netz zu erhalten.

FORDERUNGEN

Wir wollen das Ziel erreichen, bis 2021 das Glasfasernetz so nah an die Haushalte und Unternehmen auszurollen, dass 75 Prozent mit Glasfaseranschlüssen (Ftth/Fttb) ausgestattet sind und die restlichen 25 Prozent der Haushalte mit Geschwindigkeiten von 50 Mbit/s ins Netz gehen können.

Zur Umsetzung dieses Ziels wollen wir:

1. **Glasfaser immer näher an die Häuser und Unternehmen bringen.** Die Abschnitte, die mit konventionellen Techniken überbrückt werden müssen, sollen kürzer werden. Das ist sinnvoller als veraltete Übergangstechnologien zu fördern und Re-Monopolisierung Vorschub zu leisten;
2. **das Vermögen der Telekom-Aktien in Bundesbesitz im Wert von rund 10 Milliarden Euro für den Ausbau des schnellen Internets nutzen. Der Bund soll seine Anteile an der Deutschen Telekom AG verkaufen und die Einnahmen über ein Betreibermodell in den Infrastrukturausbau investieren.** Der Ausbau passiver Infrastrukturen (Tiefbauarbeiten und das Verlegen von Leerrohren, die verpachtet werden) soll dabei im Vordergrund stehen. Umgesetzt wird das Vorhaben durch die Gründung einer Bundesbreitbandgesellschaft, die der Bund mit dem Kapital aus dem Verkauf der Telekom-Aktien ausstattet;
3. eine **Koordinierungsstelle zwischen Bund, Ländern und Kommunen** einrichten, damit Maßnahmen überlegt und Hand in Hand laufen, Förder- und Investitionsprogramme sich ergänzen und der Ausbau mit schnelleren Breitbandzugängen sinnvoll und strukturiert vorangetrieben wird;
4. einen **Baustellenatlas einrichten**, damit Tiefbauarbeiten ab einem bestimmten Ausmaß aufeinander abgestimmt werden können und so die Kosten für die passive Infrastruktur langfristig verringert werden;
5. **offene WLAN-Zugänge**, die von jedem genutzt oder angeboten werden können, ohne sich Sorgen um ihre Haftung zu machen. Deshalb wollen wir die WLAN-Haftung gesetzlich so regeln, dass die bestehende Rechtsunsicherheit endlich beseitigt und private WLAN-BetreiberInnen durch die Ausweitung des Haftungsprivilegs gestärkt werden;
6. die Möglichkeit prüfen, über WLAN der nächsten Generation geographisch abgelegene Orte kostengünstig anzuschließen und in Krisenzeiten schnell und einfach Anwohner mit Internet zu versorgen ("TV-Whitespace");
7. die dauerhafte **Gewährleistung der Netzneutralität** durch eine effektive und technologieneutrale gesetzliche Festschreibung auf nationaler und europäischer Ebene;
8. den breitbandigen Zugang zum Internet als Teil der Daseinsvorsorge anerkennen. Ein schneller Internetanschluss ist heute genauso elementar wie der Anspruch auf einen Telefonanschluss und der Anspruch, einmal pro Werktag mit Post beliefert zu werden.